

grüne welle

das magazin für grüne politik in schleswig-holstein

Stillgelegt
wegen
Terrorgefahr

Stillgelegt
wegen
Terrorgefahr

Stillgelegt
wegen
Terrorgefahr

Kein Ausstieg aus dem Ausstieg

landesverband | Seite 3

**Rechtliche Hebel gegen Kohle
und Atom**

landtag | Seite 6

Amerikas neues Gesicht

bundestag | Seite 9



Liebe Freundinnen und Freunde,

das politische Jahr endet mit dem Auftakt für die nächsten anderthalb Superwahljahre. Der Programmprozess für die Europa- und Bundestagswahlen ist in vollem Gange, für die Landtagswahl in Vorbereitung. Mit der Wahl von Ingrid Nestle und Konstantin von Notz haben wir die personellen Weichen für die Bundestagswahl 2009 bereits gestellt.

In der Landesregierung dagegen geht nichts voran. Die so genannte „Große Koalition“ ist am Ende. Sie hat kein einziges wirklich großes Projekt vom Tisch gekriegt. Nichts ist von den vollmundigen Ankündigungen übrig geblieben:

- Der vermeintliche Fachmann für Entbürokratisierung Schlie wurde von der CDU als Tiger ins Rennen geschickt und macht nicht einmal als Bettvorleger eine gute Figur. Ganze 2 – in Worten „zwei“ - Stellen wurden abgebaut.
- Die SPD-Innenminister knickten bei der Verwaltungsstrukturreform vor den schwarzen Kreisfürsten ein, obwohl gerade damit bis zu 100 Millionen Euro eingespart und in den Ausbau der Bildungssysteme gesteckt werden könnten.
- Ute Erdsiek-Rave rechnet sich die PISA-Ergebnisse schön, dass man den Eindruck haben muss, sie könne nicht sinnentnehmend lesen.
- Der Finanzminister ist nicht nur mit der Haushaltskonsolidierung gescheitert, weil er seine christ-sozialen Kollegen nicht von einem Altschulden-Solidaritäts-Fonds überzeugen konnte, sondern hat auch als Aufsichtsrat bei der HSH-Nordbank eklatant versagt.

Die größer werdende Armut, die drohende Klimakatastrophe, die Finanzkrise: Die Zeit für eine substantielle Erneuerung der Gesellschaft ist gekommen.

Euer Landesvorstand

Markus, Marlies, Marlene, Robert

Grün stärkt Europa

Von Markus Stiegler

Wir Grünen wollen Europa weiter stärken, weil wir nur mit einem starken grünen Europa die großen Herausforderungen beim Klimawandel, bei einer gerechteren und sozialen Gestaltung der Globalisierung wie auch bei der Durchsetzung der Menschenrechte bewältigen können. Ob Finanzkrise, der wachsende Hunger oder die Energieknappheit für Milliarden Menschen – keines unserer globalen Ziele lässt sich ohne Europa wirklich lösen. Nichts davon macht an nationalen Grenzen halt. Wir brauchen dazu eine starke europäische Demokratie und eine starke politische Öffentlichkeit.

Europa ist für uns Grüne der Dreh- und Angelpunkt für zukunftsweisende Politik: Ob als gestaltende ökologisch, ökonomisch und soziale Kraft im boomenden Ostseeraum, als Motor für eine europäische Meerespolitik oder als ein Land, das erhebliche Mittel aus den EU-Fördertöpfen empfängt: Schleswig-Holstein braucht Europa und eine starke Grüne Stimme in Brüssel.

Am 7. Juni 2009 wird das Europäische Parlament neu gewählt. Wir Grünen wollen unser sehr gutes Ergebnis in Schleswig-Holstein aus dem Jahr 2004 mit 13,2 Prozent erneut erreichen oder sogar übertreffen.

Der Landesvorstand bittet deshalb die Kreisverbände das Europawahlprogramm zu beraten und eventuelle Anträge für den Bundesparteitag vom 23. bis 25. Januar 2009 in Dortmund vorzubereiten. Denn: Wir Grünen machen Europapolitik aus der Region; Europapolitik mit ganzer Seele mit Herz und mit Verstand. ●



Catharina Nies

Kein Ausstieg aus dem Ausstieg

Der Castorprotest vor dem Zwischenlager Gorleben im November war so groß wie seit 30 Jahren nicht mehr.

Rund 16.000 Menschen demonstrieren friedlich gegen Atomkraft. Unser Landesverband mobilisierte über

100 grüne Mitglieder und SympathisantInnen, die mit uns im Wendland „Grüne Flagge“ zeigten.

Von Marlene Löhr und Marlies Fritzen

Die Aktionen gegen den Castor können dabei nicht nur als Comeback der Anti-Atombewegung gefeiert werden. Es hat sich auch wieder einmal gezeigt, dass der Widerstand generationenübergreifend und vielfältig ist. Bei der Sitzblockade vor dem Zwischenlager waren alle Altersgruppen anwesend und haben zusammen auf der Straße für ihre Überzeugung demonstriert. Die meisten sind bis zur Räumung geblieben und haben das Mittel des zivilen Ungehorsams genutzt, um ihrer Überzeugung Nachdruck zu verleihen.

Die Vielfältigkeit der Aktionen war in diesem Jahr kaum zu überbieten. So gab es neben der Clownsarmee und den Schienen-Blockadeaktionen der „Zwerge“ auch eine äußerst effektive Widerstandsaktion der bäuerlichen Notgemeinschaft: Acht Bauern hatten sich in einer sehr plietschen Pyramidenkonstruktion festgekettet, um gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage im Wendland zu demonstrieren.

Insgesamt war bei den Protesten immer klar, dass jedeR unter der Prämisse der Gewaltfreiheit soviel Widerstand leistet wie er/sie für richtig hält. Diese Solidarität hat die Protestbewegung unglaublich gestärkt und mit einer Stimme klar gemacht, dass wir nicht hinter den Atomkonsens zurückfallen dürfen und dass Gorleben kein sicheres Endlager für radioaktiven Müll ist.

Der Kampf geht weiter

Der Kampf gegen die Atomlobby, die den Atomkonsens aktiv hintertreibt, wird die zentrale Auseinandersetzung in den bevorstehenden Wahlkämpfen. CDU/CSU und FDP fordern mittlerweile ganz unverhohlen, Gorleben solle als Atommüllendlager-Standort festgelegt werden. Es geht nicht mehr um Prüfung und bestmögliche Lagerung von Atommüll für Jahrtausende – es geht nur noch darum, den AKW-Betreibern eine

Perspektive für Laufzeitverlängerungen zu bieten. Dabei würde jedes Jahr Laufzeitverlängerung in Deutschland 400 Tonnen Atommüll mehr produzieren!

Auch die CDU in Schleswig-Holstein hat sich in ihrem so genannten „Zukunftsprogramm“ für längere Laufzeiten ausgesprochen! Und das, obwohl wir mit Brunsbüttel den pannenreichsten Schrottreaktor der ganzen Republik in unserem Land haben. Diese Politik ist verantwortungslos und alles andere als zukunftsfähig.

Wir Grünen sind die einzige Partei, die konsequent am Atomkonsens festhält und eine ergebnisoffene Endlagersuche ohne Festlegung auf Gorleben fordert. Wir werden mit aller Kraft gegen den Ausstieg aus dem Ausstieg kämpfen. Und die Proteste im Wendland beweisen es: Wir stehen damit in der Mitte der Gesellschaft. ●

Hohe Erwartung und Respekt vor der großen Aufgabe

Interview mit Ingrid Nestle und Konstantin von Notz



Claudia Jacob

Unser Spitzenduo für die Bundestagswahl: Ingrid Nestle und Konstantin von Notz

GW: Wie war die Nacht vor dem Parteitag und die danach?

Ingrid: Die Nacht davor habe ich gut geschlafen. Ich wusste, ich würde aus beiden Ergebnissen – Sieg oder Niederlage – das Beste machen. Die Nacht nach dem Parteitag war ganz anders: jetzt war klar, dass sich mein Leben gründlich ändern würde. Dazu gehört das große Glück, voraussichtlich im Bundestag für Grüne Politik kämpfen zu dürfen und im Wahlkampf mit voller Kraft für unsere Ziele zu werben. Dazu gehört aber auch der schmerzliche Abschied von einem Leben mit sehr freier Zeiteinteilung – und der Respekt vor der großen Aufgabe.

GW: Was hat sich für Dich geändert, seid Du gewählt bist?

Konstantin: Seit der Wahl ist viel Anspannung von mir abgefallen. Ich habe mich einfach sehr über die Wahl und das gute Ergebnis gefreut. Ich spüre aber auch deutlich die Erwartungen, die sich nun an uns richten.

GW: Wenn Du an September 2009 denkst, hast Du Angst oder freust Du dich?

Konstantin: Ich freue mich auf das kommende Jahr und den Bundestagswahlkampf. Ich wünsche mir, dass es für uns Grüne und den Landesverband eine kreative, belebende und erneuernde

Zeit wird. Ob wir bei der Wahl im September 2009 als Grüne gut abschneiden, hängt von vielen Einflüssen ab. Ich werde zusammen mit Ingrid und allen die Lust haben, für ein Ergebnis streiten, über das wir uns alle freuen können.

GW: Glaubst Du, dass Politik Spaß macht?

Konstantin: Wahlkampf, Diskussion und die politische Auseinandersetzung müssen auch Spaß machen, sonst läuft etwas falsch. Aber die Grünen sind keine Spaßpartei! Das Ziel von Politik muss das Bedürfnis nach Veränderung, Verbesserung und Gestaltung sein.

GW: Auf welche/n Abgeordneten freust Du dich besonders?

Ingrid: Viele Landesverbände haben ihre Listen noch nicht aufgestellt – aber zum Beispiel auf die Zusammenarbeit mit Gerhard Schick freue ich mich.

GW: Und auf welche Erfahrung möchtest Du in Berlin verzichten?

Ingrid: Zu sehen, wie persönliche Macht über Grüne Ziele gestellt wird.

GW: Was ist gut an den Grünen? Was könnte besser werden?

Konstantin: Wir können unbefangen über Themen und Ziele streiten und uns eint das Vertrauen in demokratische Strukturen und Mechanismen und die Kraft von Argumenten. Wir brauchen den Mut, uns weiter inhaltlich und personell zu erneuern und den Anspruch, die Gegenwart für die Zukunft ökologisch, sozial und demokratisch zu gestalten.

Ingrid: Keine andere Partei ist so unabhängig vom Einfluss zahlungskräftiger Lobbyisten. Wir könnten noch stärker mit vielen Menschen auch außerhalb der Partei im Gespräch stehen. ●

Interview: Robert Habeck

Vertrauen ist Kapital – Gedanken aus der Reha-Klinik in Damp

Am 25. September bin ich von einer Leiter gestürzt: Becken zertrümmert, Schulter ausgerenkt, Rippen gebrochen – drei Monate Reha statt im Parlament der Landesregierung Dampf machen zu können. Was bleibt sind Diskussionen beim Essen und Spaziergehen.

Einige MitpatientInnen erkennen mich. Die Reaktionen auf „GRÜN“ sind durchweg positiv. Trotzdem spürt man die Enttäuschung: „Die Politiker machen ja doch, was sie wollen“. Die Lüge von Ypsilanti, Hartz IV, die Gesundheitsreform, die Steuererhöhung. Manchmal hört man: „Die Grünen sind ja auch nicht besser“.

Mein Eindruck ist: CDU- und SPD-WählerInnen sind von der großen Koalition enttäuscht. FDP und Linke profitieren – gnadenlos populistisch – von diesem Frust. Die FDP poltert gegen Steuern und Sozialstaat, die Linke gegen Sozialabbau.

Und die Grünen? Warum sind wir seit Monaten in Umfragen die kleinste der Parteien? Klimaschutz, Bildungsnotstand und Regulierung der internationalen Finanzmärkte, das sind alles grüne Herzensthemen. Aber: „Wird das nicht zu teuer, was die Grünen wollen? Schadet das nicht der Wirtschaft?“

Mein Fazit: Die Grünen haben die Zukunftskonzepte – aber die sind weder einfach noch bequem. Wenn wir glaubwürdig bleiben wollen, gerade gegenüber unseren Stammwählern, müssen wir ehrlich sagen, was geht und was nicht. Zwischen Politikfrust und Populismus bleibt für Grüne nur ein Weg: Wir müssen den Kampf um die Glaubwürdigkeit führen. Wir können viele MitbürgerInnen für Grüne Visionen gewinnen. Wenn wir ihre Sorgen ernst nehmen, werden viele Menschen ehrliche Antworten akzeptieren. Glaubwürdigkeit und Vertrauen – das ist unser wichtigstes Kapital.

Karl-Martin Hentschel



Absturz statt Aufstieg – Bildungsgipfel enttäuschte auf der ganzen Linie

Von Angelika Birk

Der neue PISA-Test hat es wieder mal gezeigt: Noch ist Deutschland weit davon entfernt, einen Spitzenplatz in der Bildung einzunehmen. Weiterhin bleibt nichts so entscheidend für die Bildungschancen der Kinder wie die soziale Herkunft. Das ist ein Armutszeugnis für das deutsche Bildungssystem! Zurecht demonstrierten dagegen bundesweit 100.000 SchülerInnen.

Das Ergebnis des so genannten „Bildungsgipfels“, der seit Monaten von Frau Merkel groß angekündigte Aufbruch in die Bildungsrepublik, bleibt in kleinkarierten Kompetenzstreitigkeiten von Bund und Ländern stecken.

Das mit der Föderalismusreform eingeführte Kooperationsverbot von Bund und Ländern in der Schulpolitik erweist sich als Bremsklotz. Trotz dieser Hürden sehen wir Chancen, politische Mehrheiten für drei zentrale Forderungen zu gewinnen:

- 1) Der Bund muss zur Finanzierung von sozialpädagogischen Fachkräften in Schulen kräftig beitragen, ebenso wie zu den Kosten einer gesunden Mittagsverpflegung in Schulen und Kindertagesstätten.
- 2) Der Übergang zwischen Schule und Ausbildung ist völlig neu zu gestalten, damit niemand nach der Schule ohne Ausbildung bleibt.
- 3) Statt kurzatmiger Hochschulpakete brauchen die jungen Leute dauerhaft mehr und besser finanzierte Studienplätze, um in Deutschland wenigstens so viel Studienabschlüsse zu erreichen wie im Durchschnitt der OECD-Staaten. ●

Unser Landtagsantrag: <http://tinyurl.com/bgipfel>



Rechtliche Hebel gegen Kohle und Atom

Gefahr erkannt – Gefahr gebannt? Das AKW Brunsbüttel ist gegenüber Terror ungeschützt, der Entzug der Betriebsgenehmigung ist deshalb zwingend. Neue große Kohlekraftwerke können nicht effizient betrieben werden. Darum wollen wir den Neubau in Schleswig-Holstein mit Hilfe der Landesplanung verhindern.

Von Detlef Matthiessen

Mit dem Neubau von großen Kohlekraftwerken sind die von der Bundesregierung beschlossenen Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen nicht zu erreichen. So genannte „Kondensationskraftwerke“, die ausschließlich Strom erzeugen, verschwenden den größten Teil ihrer Energie zur Kühlung. Sie heizen die Flüsse auf, während an anderer Stelle Geld und Rohstoffe zum Heizen von Wohnraum, für Prozesswärme oder für Kühlung im Gewerbe aufgewendet werden müssen.

Um den Bau neuer Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein zu verhindern, die nur der Stromerzeugung dienen, haben wir in der Novembertagung den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des „Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes“ eingebracht. Dieses wird um drei Sätze ergänzt:

-> Der Anteil des Energieträgers Kohle an der Stromerzeugung soll verringert werden.

-> Mit Kohle befeuerte Kraftwerke sollen nur in hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden.

-> Die Ansiedlung von Kohlekraftwerken in erheblich mit Luftschadstoffen vorbelasteten Gebieten soll vermieden werden.

In einer anderen Initiative fordern wir, das AKW Brunsbüttel wegen fehlenden Schutzes gegen Terrorattacken stillzulegen. Ohne Zweifel ist die Bedrohung durch den Terrorismus heute neu zu bewerten. Das muss atomrechtlich Konsequenzen haben.

Nach den terroristischen Flugzeugangriffen auf das World Trade Center am 11. September 2001 ist klar geworden,

dass selbst bis dahin fast undenkbare Bedrohungsszenarien Realität werden können. Nach diesen Ereignissen ist der atomrechtliche Begriff „jenseits der praktischen Vernunft“ und damit die Einstufung als Restrisiko weggefallen. Ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom April 2008 unterstützt diese Forderung.

Tatsache ist, dass die deutschen Atomkraftwerke gegen Terrorattacken nackt dastehen. Sämtliche technischen und politischen Konzepte haben sich als nicht belastbar erwiesen. Wir fordern daher die Landesregierung und ihre Atomaufsichtsbehörde auf, die Betriebsgenehmigung für das AKW Brunsbüttel wegen des fehlenden Schutzes gegen Terrorattacken zu widerrufen. ●

Mehr Infos:

<http://tinyurl.com/abschalten>
<http://tinyurl.com/lepsh>

Haushalt 2009/2010: Grünes Paket für Bildung und Klimaschutz

Die laufenden Haushaltsberatungen von Kommunen, Land und Bund können schnell Schnee von gestern sein.

Wie wird sich die Finanzmarktkrise weiter entwickeln und welche Auswirkungen hat sie auf die regionale Wirtschaft?

Unsere nachhaltige Alternative zum Haushalt der Landesregierung heißt deshalb: Mehr Investitionen in Klimaschutz und Bildungspolitik, weniger Geld für Verwaltungsstrukturen und Straßenbau.

Von Monika Heinold

Unser Klimaschutzpaket beinhaltet konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz in Schleswig-Holstein: Geld für die energetische Sanierung von Gebäuden, ein Modellprojekt „CO₂-freie Gemeinde“, die Förderung der Eine-Welt-Arbeit, eine Stärkung des Freiwilligen Ökologischen Jahres und Energiesparpakete für Geringverdienerhaushalte. Außerdem soll die Förderung von Biogasanlagen nur noch für Anlagen gelten, die mit organischen Reststoffen arbeiten.

In unserem Bildungspaket finden sich bundes- und landespolitische Forderungen. Nur mit der Hilfe des Bundes kann es gelingen, alle Schulen in Ganztagschulen umzuwandeln, alle SchülerInnen mit warmen Mahlzeiten zu versorgen und die Einstellung von SozialpädagogInnen an Schulen sicherzustellen. Auch bei dem notwendigen Ausbau der Hochschulen muss der Bund den Ländern unter die Arme greifen.

Aber auch im Landeshaushalt muss mehr Geld für Bildung bereit gestellt werden: die Kommunen müssen bei den notwendigen Schulbaumaßnahmen unterstützt werden, die offenen Ganztagschulen brauchen mehr Geld, damit die Nachmittagsangebote beitragsfrei angeboten werden können, und es muss mehr Geld für Lehrerfortbildung und für die unterfinanzierten Hochschulen geben.

Um einen Qualitätssprung bei den Kindertagesstätten finanzieren zu können,

schlagen wir die Erhöhung der Grunderwerbsteuer um einen Prozentpunkt vor. Das bringt 60 Millionen an jähr-

Personal- und Sachkosten in der Verwaltung und beim „Schleswig-Holstein-Fonds“ sparen. Und wir fordern, dass



Bebey_Fototolia.com

Das Grüne Haushaltspaket für mehr Klimaschutz und Bildung

lichen Mehreinnahmen, welche wir vollständig für diesen Bereich ausgeben wollen.

Aber wir Grüne haben noch weitere Vorschläge, damit unsere Ausgabenforderungen nicht zu Lasten der zukünftigen Generation durch neue Schulden finanziert werden. Wir wollen beim Straßenbau, bei der Dorferneuerung, bei den

das Wahnsinnsprojekt Fehmarn-Belt-Brücke sofort gestoppt wird! Bildungs- und Klimabrücken sind unsere Zukunft – nicht Betonbrücken. ●

Mehr Infos:
<http://tinyurl.com/paket>

Tierrechte auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben

Im Februar 2007 haben wir einen Entwurf zum Verbandsklagerecht im Tierschutz eingebracht. Dieses Gesetz soll den Tierschutzverbänden eine Klagemöglichkeit in solchen Fällen geben, in denen das Tierschutzgesetz nicht greift. Dies kann zum Beispiel der Fall sein, wenn die örtliche Veterinärbehörde versagt oder wenn es zu fragwürdigen Genehmigungen von nicht-artgerechter Tierhaltung kommt.

Die große Koalition weigert sich allerdings, eine Entscheidung über unseren Antrag zu treffen und hat das Thema schon sechsmal im Unterausschuss vertagt.

Das ist fatal für den Tierschutz, der so weiter in vielen Belangen eine stumpfe Waffe bleibt. Es ist aber auch ein Armutszeugnis für die Demokratie, dass ein unbequemer Landtagsantrag der Opposition so oft verschoben wird, bis er sich am Ende der Legislaturperiode von selbst erledigt.

Um den öffentlichen Druck zu erhöhen, haben wir gemeinsam mit Tierschutzverbänden vor dem Landeshaus demonstriert.



CDU und SPD sind störrischer als die Esel Patty und Pepper: Sie haben unseren Gesetzesentwurf schon sechsmal vertagt.

Video der Aktion auf YouTube: <http://tinyurl.com/tiervid>

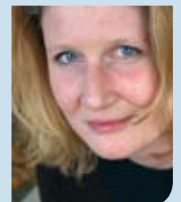
Neue Energie für die Grüne Landtagsfraktion

Drei neue MitarbeiterInnen in neuen Funktionen



Naomi Imanishi ist unsere neue Referentin für den Bereich Innen- und Rechtspolitik sowie Migration. Sie ist 30 Jahre alt und hat vorher als Rechtsanwältin in Hannover gearbeitet. Neben ihrer fachlichen Qualifikation wird sie auch dafür geschätzt, dass sie ihre Abgeordneten und KollegInnen auf dem Badmintonfeld gehörig ins Schwitzen bringt.

Stephanie Jehle ist schon seit 2003 in wechselnder Funktion bei uns tätig. Zuvor hatte sie Angelika Birk zugearbeitet und war dann persönliche Mitarbeiterin von Anne Lütkes. Seit Juli ist sie nun als Referentin für Bildung und Sport zuständig. Die 33-jährige Politikwissenschaftlerin arbeitet nebenher an ihrer Dissertation zum Thema „Soziale Integration durch Sport im Jugendstrafvollzug“. Sport und Bildung spielen auch in ihrer Freizeit eine große Rolle: Ihre Leidenschaft gilt dem Inline-Skaterhockey, hier ist sie als Spielerin und Trainerin bei den Holtenau Huskies in Kiel aktiv.



Ole Hübner verstärkt unsere Pressestelle. Der Soziologiestudent ist 1982 in Flensburg geboren und hat dort auch seinen Zivildienst in der Diakonie geleistet. Danach gönnte er sich eine kleine Auszeit und war 10 Monate in Australien unterwegs. 2004 hat er ein Studium der Politikwissenschaft in Kiel begonnen und später auf Soziologie gewechselt. Seine Leidenschaft derzeit gilt seiner Magisterarbeit zum Thema „Soziales Kapital und Religion in Europa“, die jedwede Zeit für ein Hobby frisst.

Amerikas neues Gesicht

Mit dem Gefühl, einen historischen Moment miterlebt zu haben, kehrte ich aus den USA zurück. Dort beobachtete ich als einer von 100 internationalen und zwei deutschen Wahlbeobachtern der OSZE die Präsidentschaftswahl.

Von Rainder Steenblock



Unregelmäßigkeiten bei den vorausgegangenen Wahlen hatten gezeigt, dass auch in etablierten Demokratien ein reibungsloser Urnengang nicht automatisch garantiert ist.

Im bis zuletzt umkämpften Bundesstaat

Ohio besuchte ich Wahllokale, sprach mit US-Experten, Regierungsvertretern und Wählern und erlebte Barack Obama aus nächster Nähe. Insgesamt sind die Wahlen demokratisch, frei und transparent verlaufen. Die



Rainder Steenblock,
europapolitischer Sprecher
Bündnis 90/Die Grünen

USA haben nach zahlreichen Pannen durch den Einsatz elektronischer Wahlmaschinen dazugelernt. Der Trend ging

überall weg von den Wahlmaschinen zurück zu Stimmzetteln, die notfalls nachgezählt werden können.

Beeindruckt war ich vom Charisma Obamas und der Aufbruchstimmung, die er im ganzen Land entfacht hat.

Seine Wahl ist eine Entscheidung der Hoffnung – für die Amerikaner, die sich einen politischen Neuanfang wünschen und für die Europäer, die sich eine Neuaufgabe der transatlantischen Beziehungen versprechen. Amerika hat ein neues Gesicht bekommen. Die Erwartungen an Obama sind enorm und er wird mehr Zeit brauchen, als heute viele denken – zu groß sind die Hinterlassenschaften der Bush-Regierung und die Herausforderungen der internationalen Wirtschaftskrise.

Für einen Grünen New Deal

Schwarze Löcher bei den Banken, milliardenschwere Rettungspakete, globale Rezession: Aus der Finanzkrise ist längst eine Wirtschaftskrise geworden. Das zusammengeschnürte rückwärtsgewandte Konjunkturprogramm der Bundesregierung wird sicher nicht zu einer Stabilisierung der Wirtschaft beitragen.

Wir Grünen setzen daher auf einen zukunftsgerichteten weltweiten Grünen New Deal. Alle Maßnahmen müssen sich dabei an den Kernpunkten Stabilität, Verbraucherschutz und Ökologie orientieren. International geht es darum, Steueroasen auszutrocknen, Hedgefonds zu regulieren, die Eigenkapitalvorschriften der Banken zu verschärfen, eine Finanzumsatzsteuer und ein Verfahren für verschuldete Länder einzuführen. National müssen wir die Entlastung kleiner Einkommen anpacken, in Klimaschutz und Bildung investieren und die Managervergütung neu regeln. Die Krise ist eine Chance, Finanzströme im Sinne gesellschaftlicher Ziele zu leiten und die Weichen für den ökologischen Umbau zu stellen.

Auf Landesebene muss die eigentliche Funktion der Landesbanken wieder stärker in den Blick genommen werden. Die Frage ist, warum gerade diese von der internationalen Finanzkrise gebeutelt sind. Öffentliche Banken wie die HSH Nordbank haben den klaren Auftrag, gemeinwohlverpflichtete Geschäftspolitik zu betreiben und die regionale Wirtschaft zu finanzieren. Es kann nicht sein, dass Staatsvermögen auf globalen Finanzmärkten für die Jagd nach schneller und maximaler Rendite eingesetzt wird.

Kinderarmut nachhaltig bekämpfen

Für die „bedarfsorientierte Kindergrundsicherung“



Von Grietje Staffelt

Kinderarmut grenzt aus und verbaut Zukunftschancen

Arm zu sein, ist in Deutschland inzwischen leider keine Ausnahme mehr. Besonders betroffen: die Kinder. Mindestens 2,5 Millionen Kinder leben heute bei uns auf dem Niveau der Sozialhilfe. Das hat Auswirkungen auf ihre Lebensbedingungen und ihre Zukunftschancen. Denn nachweislich wird durch Armut der Zugang zu Bildungs-, Förder- und Freizeitangeboten eingeschränkt, die Teilhabe an Kulturangeboten wird verbaut, die gesundheitliche Entwicklung wird mangels gesunder warmer Mahlzeiten stark eingeschränkt. So setzt sich Armut, die im Kindesalter beginnt, nicht selten ein Leben lang fort. Wer unverschuldet arm ist, allen voran die betroffenen Kinder, hat es schwer, hier auszubrechen.

Die Bundesregierung hat bei der Armutsbekämpfung von Kindern und ihren Familien kläglich versagt. Mehr noch: Mit der geplanten Einführung des Betreuungsgeldes („Herdprämie“) werden Eltern vom Arbeitsmarkt und Kinder von früher Förderung ferngehalten. Die Regierung kommt ihrer Verantwortung, die sie vor allem gegenüber den schwächsten, nämlich unseren Kindern hat, nicht nach. Denn weder im Ausbau der Förder-, Betreuungs- und Bildungsmaßnahmen, noch in Bereichen der materiellen Armutsbekämpfung sind nachhaltige Maßnahmen getroffen worden.

Umfassendes Konzept gegen Kinderarmut notwendig

Wer Kinderarmut zulässt, akzeptiert eine Gesellschaft, die Menschen systematisch ihrer Lebenschancen beraubt. Kinder aber müssen, egal welcher sozialer, ethnischer und ökonomischer Herkunft, faire Zukunftschancen haben. Deshalb ist es unausweichlich, schnelle und tiefgreifende Gesetzesänderungen auf den

Weg zu bringen, um die Zukunft der Kinder auf festen Boden zu stellen und gerechte Rahmenbedingungen für alle Kinder zu schaffen. Vorschläge zu einer grünen Grundsicherung für Kinder werden spätestens seit der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Nürnberg im November 2007 innerhalb unserer Fraktion intensiv debattiert. Die Grundfrage der Auseinandersetzung ist: Wie kann Kinderarmut schnell und unbürokratisch bekämpft und die gesellschaftliche Teilhabe aller Kinder gefördert werden? In der Debatte stehen zwei Modelle, die im Dezember zur Abstimmung stehen.

Da ist zum einen die „einkommensorientierte Kindergrundsicherung“, die einfach klingt und einfache Erfolge verspricht. Denn jedes Kind soll bis zur Volljährigkeit einen Betrag von monatlich 330 Euro erhalten. Leistungen wie das Kindergeld fallen weg. Diese Kindergrundsicherung wird bedingungslos, also ohne Bedarfsprüfung, gezahlt. Damit fließt überall dort, wo Kinder sind, bares Geld. Im Bedarfsfall soll es weiterhin möglich sein, zusätzliche Hilfeleistungen beispielsweise für Mietkosten, die Pflege eines Kindes mit Behinderung oder für Alleinerziehende zu erhalten. Da die einkommensorientierte Kindergrundsicherung versteuert werden muss, sollen am Ende Familien mit kleinen und mittleren Einkommen verhältnismäßig mehr Leistungen bekommen als jene mit hohen Einkommen.

Dem gegenüber steht die „bedarfsorientierte Kindergrundsicherung“, die Geld nicht pauschal verteilen, sondern gezielt jenen Kindern helfen will, die von Armut betroffen sind. Hierzu gehören einerseits natürlich Geldtransfers. So sollen die Hartz-IV-Regelleistungen für Kinder schnellstmöglich von einer unabhängigen Expertenkommission nach den tatsächlichen altersspezifischen Bedarfen errechnet und entsprechend erhöht

werden. Für Eltern, die nicht im Hartz-IV-Bezug sind und für den Unterhalt ihrer Kinder nicht aufkommen können, soll der Kinderzuschlag erhöht und unbürokratisch geleistet werden. Daneben aber, und darin sehe ich einen der wichtigsten Pfeiler des Modells, sollen armen Kindern bestimmte Sachleistungen zugute kommen. Für einkommensschwache Familien soll der Staat das Schulmittagessen, die Lernmittel und die Schülerbeförderung finanzieren und die Gebühren für die Kinderbetreuung reduzieren. Das ist Hilfe, die wirklich bei den Betroffenen ankommt. Deshalb sehe ich im Modell der „bedarfsorientierten Kindergrundsicherung“ ein realistisches und effektives Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut.

Ausbau der Betreuungsinfrastruktur

Beide Modelle wollen, und das ist auch richtig so, die Betreuungs- und Bildungsinfrastrukturen quantitativ und qualitativ ausbauen. Es geht darum, günstige Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen. Kinder brauchen eine hochwertige Frühförderung, Eltern einen umfassenden Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr. Außerdem müssen wir für den flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulen sorgen.

Nur wenn es uns gelingt, neben den materiellen Transfers auch für flächendeckende und hochwertige Infrastrukturen zu sorgen, kann die Bekämpfung von Kinderarmut gelingen. Jedes Kind hat ein Recht auf faire Zukunftschancen. Diese dürfen nicht länger von Herkunft und Geldbeutel abhängen.



Grietje Staffelt,
medienpolitische Sprecherin
Bündnis 90/Die Grünen

Neues Urheberrecht im Internet notwendig

gs Wie geht man mit illegalen Downloads im Netz um? Klar ist: Die permanente Verletzung von Urheberrechten, gerade im Internet, kann so nicht weitergehen. Denn KünstlerInnen werden so um ihr legitimes Einkommen gebracht und die NutzerInnen von Tauschbörsen massenhaft kriminalisiert.

Frankreich prescht nun mit einem eigenwilligen Vorschlag nach vorn. Die Franzosen wollen denjenigen, die mehrfach im Internet gegen Urheberrechte verstoßen haben, den Internetzugang sperren. Durchführen sollen das die Internetprovider. Kulturstaatsminister Neumann hat diese Vorschläge bereits begrüßt. Nun besteht die Gefahr, dass das Modell in Europa Schule macht.

Wir brauchen aber keine fragwürdigen Sanktionen, sondern ein neues Modell, wie mit geistigem Eigentum im Internet zukunftsweisend umzugehen ist. Wir wollen dabei die Urheberrechte wahren und das Potential des Internets nutzen. Wir brauchen sinnvolle



Vergütungsmodelle, die niemanden kriminalisieren. Eine Internetsperrung ist unverhältnismäßig. Die Provider werden zu Hilfs-sheriffs gemacht und es droht die systematische Überwachung und Filterung des Internetverhaltens der BürgerInnen. Das widerspricht dem vom

Wahlkreisbüro Staffelt

Claudia Pohn
Florian Bernstorff
Fabian Frei
Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel
Telefon 0431 5578262
Telefax 0431 5578224
grietje.staffelt@wk.bundestag.de

Berliner Büro

Konstanze Ullrich
Nina Morschhäuser
Stephan Kolbe
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052
Telefax 030 227-76051
grietje.staffelt@bundestag.de

www.grietje.de

Verfassungsgericht garantierten Recht auf informationelle Selbstbestimmung und dem „IT-Grundrecht“.

In unserem Antrag (Drs. 16/10843) lehnen wir die französischen Vorschläge ab und fordern zeitgemäße Lösungen. Denn das Internet ist längst Realität. Wir müssen es nutzen, nicht verteufeln.



Thorsten Berndt, Barbara Laubheimer, Rainer Steenblock, Irene Hahn, Manuela Siebert, Jörn Pohl

Das Team um Rainer Steenblock

rs Neu in meinem Berliner Bundestagsbüro ist seit Sommer Jörn Pohl, den viele von euch aus Schleswig-Holstein kennen. Von Berlin aus betreut er die Themen in Schleswig-Holstein sowie die Verkehrs- und Meerespolitik und die Fragen des EU-Haushalts. Irene Hahn leitet mein Büro und betreut die thematischen Schwerpunkte Außen-, Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik sowie Vertrags-

revisions- und Zukunftsfragen der EU. Manuela Siebert ist für die Büroorganisation verantwortlich und managt meinen Terminkalender. Im Wahlkreisbüro in Pinneberg kümmern sich Barbara Laubheimer und Thorsten Berndt um Termine, Pressearbeit und Themen aus der Region, halten Kontakte in die Partei und organisieren Bildungsfahrten nach Berlin und Straßburg.

Wahlkreisbüro

Barbara Laubheimer
Thorsten Berndt
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553987
Telefax 04101 553986
rainer.steenblock@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro

Manuela Siebert
Irene Hahn
Jörn Pohl
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 227-72056
Telefax 030 227-76056
rainer.steenblock@bundestag.de

www.rainer-steenblock.de

Das Grüne Internet geht in die zweite Generation



Mit Web 2.0 wird derzeit ein neues Internetzeitalter eingeleitet. Während sich das „alte“ Netz am ehesten mit einer Bibliothek vergleichen lässt, in der von einer Seite Informationen eingestellt werden und von anderer Seite abgeholt werden, gleicht die neue Generation des Internets einem Straßencafé, in dem lebhaft miteinander kommuniziert wird. Für das Netz heißt das: Soziale Netzwerke, Blogs, Foren, „Twitter“ und Multimedia.

Wir Grüne müssen anfangen umzudenken: Studien zeigen, dass sich zwar viele unserer potenziellen WählerInnen im Netz informieren, doch nicht unbedingt auf unseren Internetseiten. Dagegen wächst der Trend zur virtuellen Vernetzung. 10 Millionen Menschen sind zum Beispiel bei StudiVZ registriert. Und auch andere Netzwerke wachsen rasant: So haben sich bei Facebook bereits zahlreiche Grüne Gruppen – auch aus Schleswig-Holstein – gegründet. Für politisch Interessierte, die sich über die üblichen Gremien hinaus austauschen wollen, bietet dies neuartige Möglichkeiten.

Spätestens seit Obamas erfolgreicher Kampagne ist klar, dass sich politische Kommunikation mehr und mehr im Internet abspielen wird. Der Landesvorstand hat dies erkannt und berät zurzeit, was es konkret für die kommenden Wahlkämpfe bedeutet. Eure Anregungen sind willkommen. Blogger: bitte meldet euch! ●

Info: <http://tinypaste.com/1ebb4>

Jörg Nickel

ICH WERDE MITGLIED



Name Vorname

Straße, Haus-Nr. PLZ, Wohnort

Telefon Mobil E-Mail

Geb.-Datum Beruf

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten gespeichert und verarbeitet werden, wobei alle einschlägigen Datenschutzgesetze beachtet werden. Die Nutzung erfolgt ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke der Partei Bündnis 90/ Die Grünen wie z.B. Beitragserhebung oder Versand von Informationsmaterial. Andere Gebietsverbände, Fraktionen oder Tochterorganisationen der Partei können zur Erfüllung der Zwecke Zugriff auf die Daten erhalten. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei, z.B. für Werbezwecke, findet nicht statt.

Ort, Datum Unterschrift
(Hiermit bestätige ich auch, dass ich keiner anderen Partei angehöre)

Ich zahle einen Monatsbeitrag* in Höhe von EUR.

* Der Richtwert für den monatlichen Mindestbeitrag beträgt 1% vom Nettoeinkommen. In Ergänzung zu diesem Richtwert gilt die Beitragsregelung des jeweiligen Kreisverbandes, die in der Landesgeschäftsstelle und vor Ort erfragt werden kann.

Meinen Mitgliedsbeitrag zahle ich: Vierteljährlich Halbjährlich Jährlich

Hiermit ermächtige ich Bündnis 90/Die Grünen, meinen monatlichen Mitgliedsbeitrag in der oben genannten Höhe im Lastschriftverfahren bis auf Widerruf von meinem angegebenen Konto einzuziehen.

Name der Bank BLZ

Kto-Nr. Kto-InhaberIn (falls abweichend)

Ort, Datum Unterschrift für Einzugsermächtigung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN * LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN * WWW.SH.GRUENE.DE
Wilhelminenstraße 18 * 24103 Kiel * Telefon: 0431 59 33 8 - 0 * Fax: 0431 59 33 8 - 25 * E-MAIL: lv.sh@gruene.de

Impressum

Herausgeber grüne welle: Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein, Wilhelminenstraße 18, 24103 Kiel, Telefon 0431 59338-0, Telefax 0431 59338-25, E-Mail: lv.sh@gruene.de, Internet: www.sh.gruene.de

Herausgeberin fördewind: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Telefon 0431 988-1500, Telefax 0431 988-1501, E-Mail: fraktion@gruene.ltsh.de, Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Herausgeber berlin-report: Grietje Staffelt und Rainer Steenblock, Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Telefon 030 227-75052, Telefax 030 227-76051 (Grietje Staffelt), Telefon 030 227-72056, Telefax 030 227-76056 (Rainer Steenblock)

Redaktion grüne welle + fördewind: Dr. Jörg Nickel, **Gestaltung grüne welle + fördewind:** Bettina Aust

Redaktion und Gestaltung berlin report: Claudia Prehn